

Mirco Dragowski (FDP) 4256

II. Lesung

Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten in der Berliner Verwaltung (Berliner Datenschutzgesetz – BlnDSG)

Drs 16/2287 4257

Gesetz zu dem Vierten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich des Rundfunks

Drs 16/2295 4257

Alice Ströver (Grüne) 4258, 4259

Frank Zimmermann (SPD) 4258, 4260

Christian Goiny (CDU) 4260

Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion) 4261

Mirco Dragowski (FDP) 4262

I. Lesung

Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes – ASOG – zur Ausweitung der Möglichkeiten der Videoüberwachung

Drs 16/2266 4263

Dringliche Nachwahl

Ein Mitglied sowie seinen Stellvertreter für den Ausschuss für Verfassungsschutz

Drs 16/0040 – alt – 4263

Ergebnis 4282

Große Anfrage sowie schriftliche Antwort des Senats

Viel Geld im märkischen Sand, wenig Fahrgäste in den öffentlichen Verkehrsmitteln – wie zukunftsfähig ist die ÖPNV-Anbindung von BBI?

Drsn 16/1929 und 16/2187 4263

Große Anfrage

Der rot-rote Senat und die Weiterentwicklung der Wohnungslosenpolitik

Drs 16/2215 4263

Bericht

Fünftehnter Tätigkeitsbericht des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – Jahresbericht 2008

Drs 16/2319 4263

Ralf Hillenberg (SPD) 4264

Oliver Scholz (CDU) 4264, 4266

Marion Seelig (Linksfraktion) 4265, 4266

Andreas Otto (Grüne) 4267

Björn Jotzo (FDP) 4268

Beschlussempfehlungen

Energieausweise öffentlicher Liegenschaften ins Internet stellen

Drs 16/2277 4269

Für eine Berliner Energiesparstrategie – Landeshaushalt von den steigenden Energiekosten entlasten

Drs 16/2311 4269

Antrag

Berlin soll beim Klimaschutz nicht weiter im Abseits stehen

Drs 16/2335 4269

Beschlussempfehlungen

Neubau der Rathausbrücke

Drs 16/2289 4269

Kameralistische Eingriffe und Vorgaben des Senats für die produktbasierten Bezirkshaushalte beenden und Steuerung der Bezirkshaushalte auf produktbasierte Verfahren umstellen

Drs 16/2309 4269

Bezirkliches Facility-Management verbessern

Drs 16/2310 4269

Bezirksfinanzen auf eine solide Basis stellen

Drs 16/2313 4269

Oliver Schruoffeneger (Grüne) 4269

Torsten Schneider (SPD) 4271

Uwe Goetze (CDU) 4272, 4273

Kirsten Flesch (SPD) 4273

Mari Weiß (Linksfraktion) 4273

Sebastian Czaja (FDP) 4274

Beschluss [mit neuer Überschrift: Weiterentwicklung des Finanzierungssystems für Berlins Bezirke] 4282

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege! – Für die SPD-Fraktion hat nunmehr der Kollege Schneider das Wort. – Bitte schön, Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Schruoffeneger! Sie wissen, ich schätze Sie sehr, aber nach dieser Pirouette verkneife ich es mir, darauf einzugehen. Die SPD-Fraktion bekennt sich innerhalb der Einheitsgemeinde Berlin zu starken Bezirken.

[Beifall bei der SPD]

Eine aufgabengerechte Finanzzuweisung ist die zentrale Aussage unseres heute zu besprechenden Antrags, den anzunehmen in Ansehung der gemeinsamen Verantwortung für unsere Stadt Sie immer noch herzlich eingeladen bleiben. Dabei bekennen wir uns klar zur Globalsumme. Wir bekennen uns klar zur Eigenverantwortung der Bezirke und klar zu einem gerechten Finanzausgleich und damit klar zu unserer Verfassung.

Der Koalitionsantrag greift das zentrale Ziel, die Bezirke zu stärken, umfassend auf. Wir haben die Plafonddiskussion auf Wunsch der Bezirke vorgezogen. Das ist allgemein anerkannt und inzwischen geübte Praxis. Wir haben zusätzliche Aufgaben einem strikten Konnexitätsprinzip unterlegt. Wir haben Sachverhalte der Basiskorrektur auf ein Minimum beschränkt. Das haben Sie gerade angemahnt, aber nicht zur Kenntnis genommen. Eingriffe durch Normierungen haben wir auf ein Mindestmaß reduzieren wollen. Es wird Chefgespräche mit dem Finanzsenator geben, so ähnlich, wie das mit seinen Ressortkollegen stattfindet.

Das Facility-Management soll dem der BIM angeglichen werden. Wir wollen das ernsthaft prüfen und haben einen ganz erheblichen Schritt auf die Bezirke zugetan, was den zentralen Stellenpool angeht und in einem mehrstufigen Verfahren eine Perspektive auch für Außeneinstellungen erreicht. Es herrscht auch Klarheit über die Hilfen zur Erziehung. Wir nehmen zur Kenntnis und reflektieren die bundesweite Kostensteigerung durch eine Mengenbasiskorrektur von 75 Prozent zu Lasten des Landes. Das ist ein Erfolg für die Bezirke.

Gleichzeitig – das war auch der Schwerpunkt Ihrer Rede, Herr Schruoffeneger – nehmen wir eine hitzige Debatte zum bezirklichen Wertausgleich wahr. Diese Debatten entzündeten sich an einem Rechenbeispiel der Senatsfinanzverwaltung. Von Ihnen, Herr Kollege Schruoffeneger, hätte ich nicht erwartet, dass Sie hier solch einen Tanz veranstalten. Die Koalition hat, das wissen Sie, einen überholenden Beschluss gefasst. Der Wertausgleich soll ab 2011 neu und einfacher geregelt werden. Er soll gerechter werden.

[Zuruf von Ramona Pop (Grüne)]

Diesem Beschluss dürfen Sie, Frau Kollegin Pop – ich höre Ihren Ruf – umgekehrt und abschließend entnehmen, dass für das Jahr 2010 diesbezüglich Veränderungen nicht anstehen.

[Zuruf von Joachim Esser (Grüne)]

– Herr Kollege Esser, Sie haben wieder Ihre Minute! – Ich sage hier ganz klipp und klar: Wir wollen den Wertausgleich ausweiten. Wir betrachten umgekehrt das, was das Land Berlin vom Bund empfängt. Zum einen Drittel finanzieren wir unseren Landesetat aus Bundesergänzungszuweisungen und aus Länderfinanzausgleichsmitteln, also über 6 Milliarden Euro. Das müssen Sie sich mal auf die Verhältnisse der Bezirke zueinander vorstellen. Der Wertausgleich in Berlin im engeren Sinn, so, wie ihn die Verfassung vorgibt, erreicht ein Level von 0,1 Prozent. Das ist so marginal, dass wir glauben und überzeugt sind, wir werden dem Verfassungsauftrag an dieser Stelle nicht gerecht.

Indem, Herr Kollege Esser, das Bundesland Berlin auch einen vertikalen Bundesergänzungszuschuss erhält, diskutieren wir, dies als Methode und Quote auf die Ebene Land und Bezirke zu übertragen.

Wir werden aber eines nicht tun. Das sage ich jetzt ganz deutlich an die, die diese Debatte führen und befeuern, wie Sie, Herr Kollege Schruoffeneger, dies unverantwortlich getan haben. Wir werden niemandem vorschreiben, in den Bezirken an irgendeiner Musikschule irgendeinen Betrag und irgendeine Änderung vorzunehmen. Das geht an der Verfassung vorbei. Das wissen Sie auch. Wenn Bezirke mit einem Haushalt von 537 Millionen Euro wie Charlottenburg-Wilmersdorf 600 000 Euro an einer Musikschule zu kürzen gedenken, dann erfolgt dies auf der Basis eines eigenverantwortlichen politischen Mehrheitsentscheides. Das können wir falsch finden, das aber zu kritisieren ist meine Sache nicht.

Aus Landessicht ist diese Debatte kleinlich und unsolidarisch. Wir haben Verantwortung für die gesamte Stadt. Wer diese Verantwortung verkennt, handelt respektlos den Stadtteilen gegenüber, die unserer Hilfe und Zuwendung bedürfen.

[Beifall bei der SPD]

Sie, meine Damen und Herren, und werte Kollegen der CDU sind eingeladen, sich dem verbreiteten Eindruck entgegenzustellen, –

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Herr Abgeordneter! Ihre Redezeit ist beendet.

Torsten Schneider (SPD):

– kleinliche Partikularinteressenwahrer zu sein und aufgegeben zu haben, Volkspartei zu sein. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

[Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schneider! – Für die Linksfraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Weiß das Wort. – Bitte sehr! – Entschuldigung, Frau Weiß, hier ist etwas schief gelaufen. Natürlich hat erst einmal die CDU das Wort. Sie müssen noch fünf Minuten warten. – Herr Goetze, bitte sehr! Das ist ein ganz besonderer Aufruf noch einmal an die CDU. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Uwe Goetze (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hätten wir doch lieber eine politische als eine finanzjuristische Rede gehört! Dann hätte man sich mit dem Thema Wertausgleich auch ganz gut auseinandersetzen können. Die Bezirke kochen hoch. Insbesondere auch die SPD-Stadträte und Bezirksbürgermeister haben noch in letzter Minute versucht, diesen unsäglichen Antrag, in dem auch der bezirkliche Wertausgleich enthalten ist, zu stoppen. Was wir hier gehört haben, sind Ausführungen über scheinbare Zusammenhänge zwischen der Finanzierung auf Bundes-/Landesebene und dem, was mit den Bezirken zu tun hat. Es ging über Verfassungsmäßigkeit und Ähnliches. Dazu können wir nur sagen: Thema verfehlt. Und das Bekenntnis zu den Bezirken besteht nur aus leeren Worten.

[Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP]

Erinnern wir uns doch an die Auseinandersetzungen im Hauptausschuss! Da hat die SPD-Bezirksbürgermeisterin Thiemen sehr deutlich aufgezeigt, welche Konsequenzen es mit sich bringt, wenn der Wertausgleich so, wie ihn die Koalition hier beschließen will, zum Tragen kommt. Das bedeutet in der Tat eine Halbierung des Kursangebots zum Beispiel an der Musikschule. Darüber gehen Sie einfach hinweg. Darüber gehen Sie mit der geradezu klassischen Argumentation hinweg, die Bezirke bekämen über ihre Globalsumme so viel Geld, dieses Peanut könne nicht ausschlaggebend sein. Diese Argumentation hören wir aber auch an 50 anderen Stellen. Erstens summiert es sich, zweitens – das wissen Sie genau – sind 95 bis 98 Prozent der Mittel der Bezirke ohnehin über die Personalverträge, über gesetzliche Vorgaben und anderes gebunden, sodass die Spielräume für die Bezirke absolut marginal sind. Deswegen müssen die betroffenen Bezirke in diesen oder aber in anderen Bereichen kürzen, aber immer zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger. Das wird von SPD und Linke nicht zur Kenntnis genommen.

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Entschuldigung, Herr Goetze! Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Flesch?

Uwe Goetze (CDU):

Ich bitte Sie, mich im Zusammenhang ausführen zu lassen. Herzlichen Dank sage ich aber für die Bereitschaft, die Frage zu stellen.

[Beifall bei der CDU]

Auf der anderen Seite frage ich, was mit den Mitteln geschieht, die der Wertausgleich den begünstigten Bezirken zur Verfügung stellt? Die müssen ihre Mittel nämlich genau nicht dafür ausgeben, weil auch sie die Globalsumme haben. Friedrichshain-Kreuzberg zum Beispiel kann damit alles Mögliche finanzieren, Sicherheitsdienste an Schulen oder bestimmte Petitesse, die der Bezirksbürgermeister schon immer mal machen wollte. Ankündigen tut er ja jede Menge, machen tut er nur nichts. Vielleicht soll er dafür endlich das Geld bekommen. Tatsächlich muss natürlich in diesem Sozialbereich nichts zusätzlich finanziert werden. Das ist das große Dilemma dieses Ansatzes, der große Fehler dieser Beschlussfassung. Deswegen ist es ein Kardinalfehler, so vorzugehen und die Bezirke in der geschilderten Weise zu drangsalieren.

Das war schon einmal vor rund zehn Jahren das Thema der produktorientierten Bezirkshaushalte. Ich zitiere einmal aus dem, was damals als Zielsetzung aufgeschrieben worden ist:

Die politischen Entscheidungsträger erhalten hiermit die Möglichkeit, für die von der Verwaltung zu erbringende Leistung Zielvorgaben zu machen. Die Art und Weise der Zielerreichung wird von den Leistungserstellern selbst bestimmt. Das Konzept beruht auf der Erkenntnis, dass wirtschaftliches Verhalten nur mit dem Wissen und der Verantwortlichkeit der Leistungsersteller erreicht werden kann.

Dieses Konzept wird mit der Art und Weise, wie Sie hier vorgehen, wie Sie sich insbesondere von der Festlegung von Mengen entfernen, völlig konterkariert. Es hat aber System. Der Finanzsenator hat erklärt, er wolle das ganze System abschaffen. In der Landesverwaltung hat er bisher alles sabotiert. Dort ist gar nichts eingefügt. An der Stelle, an der Sie Verantwortung übernehmen und sagen müssten, so und so viele Musikschulverträge werden abgeschlossen, stellen Sie sich einfach hin und sagen: Nein, wir kürzen einfach Mittel. Die können schon sehen, wie sie das hinbekommen. Ansonsten befindet sich im Globalhaushalt ohnehin in der Verantwortung der Bezirke.

Sie versündigen sich damit an den Bezirken. Sie werden sehen, dass Ihnen dieser politische Ansatz auch nachhaltig in der politischen Auseinandersetzung und bei den nächsten Wahlen schaden wird. Wir werden jedenfalls dafür sorgen, dass es möglichst viele Leute mitkriegen.

[Beifall bei der CDU –

Vereinzelter Beifall bei den Grünen und der FDP]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Goetze! – Das Wort für eine Kurzintervention hat jetzt die Frau Abgeordnete Flesch.